

Beschlüsse



MIT MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU NRW

der 10. Landesdelegiertenversammlung

Änderungsanträge zum Entwurf des Grundsatzprogramms der CDU Deutschlands

1

2 Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Nordrhein-Westfalen wird gegenüber dem Bundesverband der MIT folgende
3 Änderungen am Grundsatzprogramm der CDU vorschlagen:

4

5 **A 01**

6

7 284 27. Die geistigen Grundlagen unserer christlich demokratischen

8 285 Union befähigen uns, die Herausforderungen von Gegenwart und

9 286 Zukunft zu bewältigen. **[zusätzl. Text]** Politik kann gerade in Zeiten des Umbruchs

10 287 Rahmenbedingungen schaffen, die in Gesellschaft und Staat Kräfte

11 288 zur Beantwortung drängender Fragen freisetzen. Unsere Politik für

12 289 Deutschland zielt auf eine Gesellschaft, die Jedem Freiheit sichert

13 290 und alle im Bewusstsein ihrer Zusammengehörigkeit verbindet.

14

15 zusätzlicher Text in 286:

16

17 Die CDU-Deutschlands stellt sich neuen Herausforderungen im Wissen um den Wert des zu Bewahrenden. Die CDU ist in

18 diesem Sinne die einzige konservative Partei in Deutschland. Ausgehend von der Bewahrung der Schöpfung in Bindung

19 an die fundamentalen moralischen Werte unserer Gesellschaft erneuern wir das Land dort, wo Erneuerung

20 Verbesserung bedeutet.

21

22 **A 02**

23

24 440 40. Neue technologische Entwicklungen führen den Menschen an

ethische Grenzen. So tragen biomedizinische und gentechnische Forschung wesentlich zur Heilung von Krankheiten und Linderung von Leid bei. Sie bergen aber zugleich Risiken: ~~Wenn sich grenzenloser Erkenntnisdrang und gewissenlose Vermarktung verbinden, sind Schöpfung und Menschenwürde in Gefahr.~~ Auch die Freiheit der Forschung hat die Unantastbarkeit der Würde des Menschen zu achten.

Statt des durchgestrichenen neu:

„Die Forschung muss sich dabei der Achtung vor der Schöpfung und der Wahrung der Menschenwürde bewusst sein.“

A 03

139. Die CDU ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Sie hat mit Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft in der Nachkriegszeit gegen vielfache Widerstände durchgesetzt und die Bundesrepublik Deutschland mit ihr erfolgreich gemacht. ~~Die CDU lehnt kollektivistische Ansätze genau so ab wie einen Liberalismus, der allein auf den Markt setzt und aus sich heraus keine Lösung der sozialen Fragen unserer Zeit findet.~~ [**neuer Text**] Die Soziale Marktwirtschaft bleibt auch im wiedervereinigten Deutschland und im Zeitalter der Globalisierung unser Leitbild.

Zusätzlich neuer Text in 1418 – 1421:

Die CDU lehnt sozialistische und andere Spielarten des Kollektivismus ab. Auch ein "Manchester-Kapitalismus", der allein auf den Markt setzt, ist keine Antwort auf die Lösung der sozialen Fragen unserer Zeit. Wie sehr wir liberalem und sozialem Denken verbunden sind, zeigt die Selbstverständlichkeit, mit der wir die verfassungsrechtliche Gewährung von Grundrechten, die Sicherung des Rechtsstaates, die Sozialstaatsgarantie oder die Gemeinwohlbindung gesellschaftlicher Macht als unverzichtbare Teile unserer Wertordnung betrachten.

A 04

1626 3. Wirtschaft und Arbeit

1627 160. Viele Menschen haben in den letzten Jahrzehnten Vertrauen in
1628 die Soziale Marktwirtschaft verloren. Es entstand der Eindruck, dass
1629 sie zentrale wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme – allen
1630 voran die hohe Arbeitslosigkeit – nicht lösen kann. Nicht jedoch die
1631 Soziale Marktwirtschaft steht der Lösung dieser Probleme im Wege,
1632 sondern die oftmalige Verletzung ihrer Grundprinzipien. Durch die
1633 Globalisierung werden die Versäumnisse besonders deutlich.

Zusätzlicher Text nach Zeile 1633:

„ Insbesondere werden die Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft zunehmend durch eine wachsende Bürokratie gefährdet. Deshalb setzen wir uns für einen effizienten Bürokratieabbau ein, den wir unter Anwendung einer strengen Kosten/Nutzenbetrachtung bestehender und zukünftiger Gesetze erreichen wollen. Maßnahmen zum Bürokratieabbau, wie Normenkontrollräte und Mittelstands- Entlastungsgesetze dürfen nicht durch den Erlass einschlägiger Verwaltungsvorschriften konterkariert werden.“

A 05

1775 174. Die CDU will den einzelnen Arbeitnehmer stärker als bisher am

~~1776 Erfolg und am Kapital der Unternehmen beteiligen.~~ Dies eröffnet
1777 den Beschäftigten zusätzliche Einkommensquellen und schafft
1778 mehr Gerechtigkeit.

Zeile 1775: **Neuer erster Satz:**

„ Die gemeinsam von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der CDU in Dresden auf dem Bundesparteitag beschlossene
soziale Kapitalpartnerschaft auf freiwilliger Basis will den einzelnen Arbeitnehmer stärker am Gewinn und am Kapital
seines Unternehmens beteiligen.“

A 06

1800 178. Wir wollen in Deutschland keinen Wettbewerb um die niedrige-
1801 ten Löhne. Sittenwidrige Löhne, die den ortsüblichen Branchenlohn
1802 deutlich unterschreiten, müssen deshalb verboten sein.

Zusätzlich folgender Text in 1802:

„Bundeseinheitlich festgelegte gesetzliche Mindestlöhne lehnen wir ab, weil Sie Arbeitsplätze vor allem auch von gering
qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gefährden“

A 07

¹⁹⁹⁴ **Unfallversicherung**

¹⁹⁹⁵ 204. Die gesetzliche Unfallversicherung übernimmt bei

1996 Arbeitssicherheit, Unfallverhütung und Gesundheitsschutz des
 1997 Arbeitnehmers eine wichtige Rolle. Sie ist eine wesentliche Stütze
 1998 von Prävention und Rehabilitation. Die selbstverwaltete gesetzliche
 1999 Unfallversicherung muss sich künftig in ihren größeren Verantwor-
 2000 tungsgemeinschaften noch stärker an wirtschaftlichen Kriterien
 2001 messen lassen.

Zusätzlich folgender Text in 2001:

„Wir wollen die gesetzliche Unfallversicherung zukunftssicher machen. Daher streben wir mehr Wettbewerb an. Wir
 wollen mittelfristig die Pflichtversicherung bei einem bestimmten öffentlichen Unfallversicherer durch eine
 Versicherungspflicht ablösen, bei der man ganz oder für Teilrisiken unter den verschiedenen öffentlichen
 Unfallversicherern aber auch unter privaten Anbietern wählen kann.
 Darüber hinaus soll die gesetzliche Unfallversicherung auf ihre Kernaufgaben zurückgeführt werden.“

A 08

2090 214. Wir wollen den Ländern mehr finanzielle Eigenverantwortung
 2091 ermöglichen und dafür entsprechende Voraussetzungen im Steuer-
 2092 recht schaffen. **[weiterer Satz]** Länder, die die Verschuldungsgrenzen der Verfas-
 2093 sung und ihren Beitrag zum Erreichen der Maastricht-Kriterien nicht
 2094 einhalten, müssen sich künftig einem Sanierungsprogramm unter-
 2095 werfen.

Zusätzlich folgender Text in 2092:

Die Länder erhalten die grundgesetzlich abgesicherte Gesetzgebungskompetenz für die Erbschaftssteuer.

131

132 **A 09**

133

134 2123 218. Eine zukunftsweisende Unternehmensbesteuerung muss von
 135 2124 dem Grundsatz ausgehen, dass Unternehmen in erster Linie Wirt-
 136 2125 schäfts- und nicht Steuersubjekte sind. Sie muss die Steuerlast so
 137 2126 gestalten, dass es sich lohnt, in unserem Land Betriebe zu gründen,
 138 2127 Arbeitsplätze zu schaffen und in Forschung und Entwicklung zu
 139 2128 investieren. Steuerpolitik ist auch Innovationspolitik. Sie muss
 140 2129 Wettbewerbsneutralität gewährleisten, einfach und überschaubar
 141 2130 sein und ~~der jeweiligen Rechtsform des Unternehmens gerecht~~
 142 2131 ~~werden~~. Dabei müssen wir uns auf die zunehmende weltweite Ver-
 143 2132 netzung der Volkswirtschaften einstellen.

144

145 Statt des durchgestrichenen neu:

146

147 „rechtsformenneutral sein.“

148

149

150

151 **A 10**

152

153 2584 276. Wir bekennen uns in der Präambel des Grundgesetzes zur Ver-
 154 2585 antwortung vor Gott und den Menschen. Das Grundgesetz beruht
 155 2586 auf Werten, die christlichen Ursprungs sind. Sie [zusätzl. Text] haben unser Land
 156 2587 und unsere Gesellschaft grundlegend geprägt. Sie im Bewusstsein
 157 2588 zu halten, zu bewahren und ihnen Geltung zu verschaffen, verste-

158 2589 hen wir als eine vorrangige Aufgabe von Staat und Bürgern. Christ-
159 2590 liche Symbole müssen im öffentlichen Raum sichtbar bleiben. Sie
160 2591 sind ebenso zu schützen wie die christlich geprägten Sonn- und
161 2592 Feiertage.
162
163 Zusätzlicher Text in 2586
164
165 „Diese Werte und die christlichen Kirchen“